

## Warum wir einen Ökologischen Rat brauchen

### Plädoyer für ein neues Verfassungsverständnis

Dem gestörten Verhältnis unserer Politik zur Natur wurde in jüngster Zeit zur Heilung empfohlen: ein Ökologischer Rat. Dieser soll Natur und Staat versöhnen. Diese Forderung ist in der Vergangenheit im bundesdeutschen Blätterwald ebenso laut geworden wie auf Kongressen zum Thema Demokratie und Umwelt. Den Anspruch auf Urhebererschaft kann mit Fug und Recht Rudolf Bahro behaupten. Es gebührt ihm das Verdienst, den Vorschlag eines „Ökologischen Oberhauses“ justament zu einer Zeit präsentiert zu haben, wo ihm aus Anlaß der Wiedervereinigung das Schicksal beschieden war, heraus aus den vor sich hindümpelnden Biotopen universitärer wie außeruniversitärer Seminardiskussion zur realpolitischen Forderung in der verfassungspolitischen Diskussion zu mutieren. Selbst die gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat bzw. ihre zur Beratung des Sachbereichs Regierungsorganisation geladenen Experten gaben sich die Ehre, diesem Vorschlag einige Minuten zu widmen; wohingegen sie viele Stunden um ein Staatsziel Umweltschutz stritten, gar der Kommissionsvorsitzende wegen strittiger Formulierungsvorschläge mit Rücktritt drohte. Mit einigem Abstand zu der sehr respektablen Arbeit der Verfassungskommission ist es doch erstaunlich, daß die dort versammelten klugen Köpfe dem Problem der Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen keine eigene Beratungszeit widmeten und sich diesbezüglich vornehmlich auf das eben erwähnte Staatsziel konzentrierten. Staatsziele ohne Verfahren, die geeignet sind, diese institutionell umzusetzen, bleiben jedoch Verfassungslyrik. Wenn das Institutionengefüge des demokratischen Verfassungsstaates ökologisch blind ist – was im folgenden zu erörtern wäre – vermag auch ein Staatsziel, selbst im Duett mit einem Grundrecht, nicht, dieses zu beheben. Was also verbirgt sich hin-

ter der wohlklingenden Forderung nach Errichtung eines Ökologischen Rates, der ja augenscheinlich ein Verfahrensinstrument darstellt?

Im Verfassungsentwurf des *Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder* wird dem Ökologischen Rat die Aufgabe zugewiesen, an Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mitzuwirken. Sein Hauptinstrument ist ein suspensives Vetorecht. Besonderes Augenmerk verdient der Bestellungsmodus, der an die Wahl der Verfassungshüter in Karlsruhe erinnert: Auf neun Jahre werden die Mitglieder des Ökologischen Rates gewählt, länger als zwei Legislaturperioden und ohne die Möglichkeit der Wiederwahl. Es ist dieser Bestellungsmodus, auf den sich die Erwartung gründet, daß der Ökologische Rat als eine Art demokratisiertes Oberhaus wirkt, welches das parlamentarische Unterhaus auf die ökologischen Grenzen verweist: So können sich doch die Mitglieder einerseits auf eine demokratische Legitimation berufen, sind jedoch andererseits des Zwanges enthoben, ihr Handeln an den Mehrheiten des Tages auszurichten, da keine Möglichkeit erneuter Kandidatur gegeben ist. Es steht den Mitgliedern des Ökologischen Rates frei, nach ihrem Gewissen und ihren Einsichten zu entscheiden, nach ihrem Urteil, was sie in der ökologischen Sache für angemessen erachten.

In modernen politischen Ordnungen fällt die Funktion der diskursiven Beratung des Herrschers dem Parlament zu: das so zugleich Ort der Beratung *und* der Entscheidungsfindung ist. Allein – und das ist einer der gewichtigsten Einwände gegen die Demokratie – es hat den Anschein, daß zu gewisser Beratung und Entscheidungsfindung die Repräsentanten nicht fähig sind. Und zwar nicht, weil sie allesamt aufgrund individueller Grenzen dazu nicht in der Lage seien, sondern weil die „Funktionsbedingungen der Wettbewerbsdemokratie“ (Peter Graf Kielmansegg) gewisse Problemlösungen gar nicht erst in ihr Blickfeld geraten lassen. Geht man mit der ökonomischen Theorie der Demokratie von dem Eigeninteresse der Politiker aus, welches auf Macht und Ansehen, mithin Wiederwahl aus ist, dann zwingen die Mechanismen von Konkurrenz und Wettbewerb, das Angebot der Politik nach der Nachfrage zu richten. Und nimmt man weiterhin an – und dieser Annahme kann jeder, der sich auch nur ein wenig eingehender mit ökologischen Problemen beschäftigt hat, beträchtliche Plausibilität zuerkennen –, daß ökologische Entscheidungen das alltägliche Verhalten der Bürger empfindlich verändern würden und eben nicht alles durch blaue Engel oder grüne Punkte zu umweltfreundlichem Charakter geadelt werden kann, dann steht der Beleg für ein Funktionieren der Wettbewerbsdemokratie unter der Bedingung des „tendenziellen Falls der Luxusrate“ noch aus.